

## Personal der öffentlichen Verwaltung Mitte 1978

Im Rahmen der statistischen Dokumentation der öffentlichen Ausgaben erweist sich eine laufende Beobachtung der Entwicklung und Zusammensetzung des Personalstands der öffentlichen Hand als unabdingbar, sind doch die Personalausgaben eine der bedeutendsten Aufwandspositionen in den Budgets des Landes und der Gemeinden (Gv). Die Entwicklung der öffentlichen Verwaltung, die durch umfangreiche, auch neuartige Aufgaben, ebenso wie durch Einflüsse zunehmender Technisierung gekennzeichnet ist, erfordert entsprechende Maßnahmen im Dienst- und Tarifrecht, zu deren Vorbereitung sorgfältige Planungsanalysen für längere Zeiträume erforderlich sind, die sich auf fundierte statistische Unterlagen stützen müssen.

Das Land Baden-Württemberg beschäftigte nach den Ergebnissen der Personalstandstatistik zum 30. 6. 1978 in seinen Behörden, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen 207 804 Beamte, Angestellte und Arbeiter. Faßt man diese Zahl mit den entsprechenden, zum gleichen Zeitpunkt erhobenen 146 316 kommunalen Arbeitskräften zusammen, so ergibt sich für den unmittelbaren öffentlichen Dienst eine Beschäftigtenzahl von rund 350 000 Personen, das waren 10% aller abhängig Erwerbstätigen, was die öffentliche Hand als den mit Abstand größten Arbeitgeber ausweist. Darüber hinaus gehörten rund 40 000 Kräfte dem mittelbaren öffentlichen Dienst an, und zwar 12 244 bei Sozialversicherungsträgern (Krankenkassen, Träger der Unfall- und Rentenversicherung) und 27 207 bei selbständigen Wirtschaftsunternehmen.

Entgegen dem in früheren Jahren – vor allem an die staatlichen Instanzen – ergangenen Ruf zur Eindämmung der Personalausgaben und der Personalausweitung, dem auch drastische Sparmaßnahmen folgten, die sich bis in die jüngste Zeit im Verwaltungsablauf auswirken, ergeht nunmehr angesichts der konstanten Arbeitslosigkeit die Forderung an die öffentlichen Hände, ihre restriktive Einstellungspolitik nach dem Defizitabbau aufzugeben und ihren erkanntenmaßen vorhandenen Bedarf an Arbeitskräften zu decken.

### Jeder 16. Beschäftigte im Landesdienst

Verständlicherweise steht die Ab- bzw. Zunahme des Personalstandes im staatlichen Bereich im Vordergrund des Interesses, ist doch jeder 16. abhängig Erwerbstätige im Landesdienst. Am 30. 6. 1978 waren in der Landesverwaltung 207 804 Vollbeschäftigte und 24 416 Teilzeitkräfte tätig, das sind um 1,7% mehr Vollzeitkräfte als 1977, während ein Jahr zuvor erstmalig ein Personalrückgang um 3% zu verzeichnen war.

Bei dem augenblicklich gewünschten Abbau der Bürokratie erscheint die Feststellung sehr wesentlich, daß rund drei Viertel des staatlichen Personals mit Dienstleistungen beschäftigt sind, die den Bürgern des Landes sichtbar zugute kommen. Hierbei handelt es sich um die Berufsgruppen der Lehrer und Hochschullehrer, der Richter und Staatsanwälte, der Polizeibeamten und des Pflegepersonals. Allein im Sektor des Bildungswesens, das heißt bei Schulen, Universitäten, Pädagogischen und Fachhochschulen, Instituten und Theatern ist jeder 2. Landesbedienstete beschäftigt, jeder 9. Bedienstete ist mit der Erfüllung der öffentlichen Sicherheit betraut. Neben der Polizei ist der Rechtsschutz, der sowohl die ordentliche, wie die Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit und den Strafvollzug umfaßt, eine Landesaufgabe, die rund 15 000 Vollbeschäftigte erfordert.

Für die Verwaltung im engeren Sinn, das heißt für die Politische Führung, die Innen-, Steuer- und Finanzverwaltung verbleibt nur ein Siebtel des gesamten Personals. Die Personalstandsveränderungen in den einzelnen Funktionsbereichen waren infolge der 1976 durchgeführten Sparmaßnahmen und des Ende 1977 begonnenen Abbaus der Personalengpässe besonders ausgeprägt. Überdurchschnittliche Erweiterungen des Personalkörpers (aber nicht in der gewohnten Höhe früherer Jahre) herrschten besonders in den Bereichen vor, die nicht von der „Spar- und Anpassungsaktion“ der Regierung betroffen waren. Der Polizei- und Schulsektor verfügte 1978 über rund 5% mehr Personal als ein Jahr zuvor. Besonders die Gymnasien

Tabelle 1  
Personal des öffentlichen Dienstes

Merkmale	1978 <sup>1)</sup>			1977 <sup>1)</sup>		
	Zusammen	darunter		Zusammen	darunter	
		Beamte <sup>2)</sup>	Angestellte		Beamte	Angestellte
Vollbeschäftigte						
Verwaltung						
Land	201 915	131 307	58 060	198 328	129 282	56 559
Gemeinden (Gv)	134 253	17 649	78 356	129 083	17 127	75 079
Wirtschaftsunternehmen						
Land	5 889	1 632	691	5 903	1 637	680
Gemeinden (Gv)	12 063	373	3 863	12 419	452	3 776
Zusammen						
Land	207 804	132 939	58 751	204 231	130 919	57 239
Gemeinden (Gv)	146 316	18 022	82 019	141 502	17 579	78 855
Bedienstete insgesamt	354 120	150 961	140 770	345 733	148 498	136 094
Teilzeitbeschäftigte (20 und mehr Wochenarbeitsstunden)						
Verwaltung						
Land	23 468	757	17 400	18 651	933	13 078
Gemeinden (Gv)	25 786	366	12 619	25 241	389	12 401
Wirtschaftsunternehmen						
Land	948	—	197	821	—	177
Gemeinden (Gv)	1 247	—	210	1 448	—	233
Zusammen						
Land	24 416	757	17 597	19 472	933	13 255
Gemeinden (Gv)	27 033	366	12 829	26 689	389	12 634
Bedienstete insgesamt	51 449	1 123	30 426	46 161	1 322	25 889
Außerdem						
Vollbeschäftigte bei Sozialversicherungsträgern <sup>3)</sup>	12 244	3 458	7 875	12 246	3 437	7 889
Rechtlich selbständigen Wirtschaftsunternehmen	27 207	—	11 902	26 957	—	11 549

1) Stand 30. 6. – 2) Darunter Richter 2143. – 3) Einschließlich Zusatzversorgungskasse.

- bedingt durch ihr starkes Wachstum vor allem im Bereich der Oberstufe - und die berufsbildenden Schulen hatten ihren Personalbestand um 853 bzw. 613 Kräfte erweitern müssen; dagegen hat im Haupt- und Realschulbereich die Zahl der Vollbeschäftigten ab- und die der Teilzeitkräfte sehr stark zugenommen. Dies dürfte mit der Einweisung der Nachwuchskräfte in Planstellen zusammenhängen. In der Steuer- und Finanzverwaltung und im Rechtsschutz traten personelle Verbesserungen um 3,4 bzw. 2,4% sowie bei den Psychiatrischen Landeskrankenhäusern um 5,2% ein. Alle anderen Funktionsgruppen weisen entweder Personaleinsparungen (z. B. Innere Verwaltung um 2,6%) oder Personalveränderungen kaum nennenswerten Umfangs auf.

## Mehr Personal in kommunalen Krankenhäusern

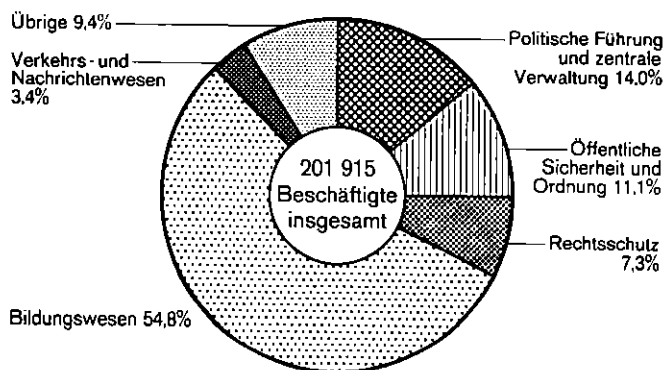
Das vollbeschäftigte Personal der Gemeinden (Gv) Baden-Württembergs umfaßte 1978 mit 18 022 Beamten, 82 019 Angestellten, 46 275 Arbeitern insgesamt 146 316 Beschäftigte, deren Zahl um 3,4% höher war als ein Jahr zuvor. Als Teilzeitkräfte mit mehr als der halben Wochenarbeitsstundenzahl waren 27 033 Personen tätig gegen 26 689 im Vorjahr (+1,3%). Außerdem wurden 19 515 Kräfte mit einer geringeren Wochenarbeitsstundenzahl in den gemeindlichen Verwaltungen gezählt.

In den einzelnen Gebietskörperschaften und Gemeindegrößenklassen ist der Personalkörper sehr unterschiedlich; er steigt relativ im allgemeinen mit zunehmender Gemeindegröße an.

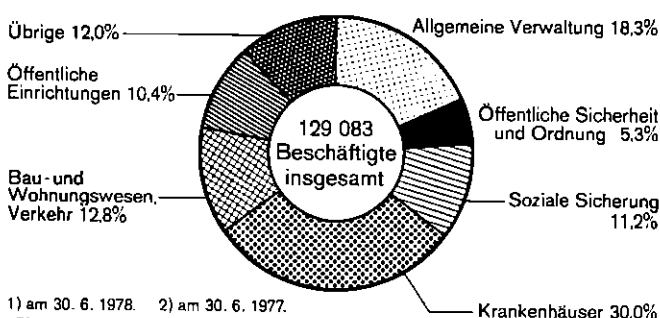
Gemeindegrößenklasse	Vollbeschäftigte je 10 000 Einw.
Städtkreise	255
kreisangehörige Gemeinden mit 10 000 und mehr	112
3 000 bis 10 000	66
unter 3 000 Einwohner	52
Landkreisverwaltungen	43

## Beschäftigte nach Aufgabenbereichen

Landesdienst<sup>1)</sup>



Kommunaldienst<sup>2)</sup>



1) am 30. 6. 1978. 2) am 30. 6. 1977.  
479

Eine besondere Rolle spielt dabei der Personalbedarf der öffentlichen Einrichtungen (z. B. Straßenreinigung, Stadtentwässerung) sowie der kommunalen Fürsorge- und Krankenanstalten, die meist nur in größeren Gemeinden eingerichtet sind, während diese Aufgaben bei kleineren Gemeinden vom Zweckverband oder Gemeindeverwaltungsverband wahrgenommen werden. Während bei der Personalstandserhebung 1978 im kommunalen Sektor nur das Dienstverhältnis erfragt wurde, ist nach dem gesetzlichen Auftrag bei der Erhebung 1977 eine vollständige Gliederung des Personals nach Aufgabenbereichen vorgenommen worden. Bei der genaueren Betrachtung dieser Aufgliederung überrascht zunächst die Tatsache, daß nahezu jeder 2. Kommunalbedienstete im Sozial- und Gesundheitswesen tätig ist, in Bereichen also, durch die die Bevölkerung unmittelbar mit Dienstleistungen versorgt wird. Die allgemeine Verwaltung hatte 18,3% des Gesamtpersonals in ihren Diensten. Dieser Anteil der administrativen Verwaltung ist, verglichen mit der staatlichen Ebene (14,0%) verhältnismäßig hoch, wird aber dadurch plausibel, daß das Personal kleinerer Gemeinden, obwohl für mehrere Aufgabenbereiche tätig, nur in der allgemeinen Verwaltung gezählt werden kann. Jeweils gut ein Zehntel der Vollbeschäftigten arbeitete in den zwei Bereichen Bau- und Wohnungswesen und Öffentliche Einrichtungen. Bei der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für den Schul- und Kulturbereich wurden jeweils nur rund 5% aller Arbeitskräfte benötigt, dies vor allem deswegen, weil die personelle Hauptlast in den letztgenannten Bereichen vom Land zu tragen ist. Auch der Anstieg konzentriert sich auf die reinen Dienstleistungsbereiche. Gegenüber 1974 (dem letztmöglichen Vergleichsjahr) entfielen von der gesamten Personalszunahme gut drei Fünftel (3217 von 5255) allein auf das Krankenhauspersonal und zwar auf die Gemeinden und Landkreise, die eine solche Einrichtung unterhalten; während im Bau- und Wohnungswesen stärkere Personalarückgänge erkennbar sind. Die Technisierung und verbesserte Ausstattung des Maschinenparks wird hier manchen Straßenarbeiter entbehrlich gemacht haben. Auch im administrativen Bereich sind Personalarückgänge (670) gegenüber dem Vergleichsjahr 1974 zu verzeichnen, dies dürfte in ursächlichem Zusammenhang mit den Gemeindezusammenschlüssen stehen.

Wie eingangs erwähnt, können von den Gemeinden bestimmte Aufgaben auf Zweckverbände und Gemeindeverwaltungsverbände übertragen werden. Im Lande Baden-Württemberg bestehen 607 solcher Verbände mit kommunalen Aufgaben und zwar 491 Zweckverbände und 116 Gemeindeverwaltungsverbände, bei denen 2594 vollbeschäftigte Beamte, Angestellte und Arbeiter tätig sind. Schwerpunktmäßig bestehen solche Verbände für die Wasserversorgung, die Abwasser- und Abfallbeseitigung, die auch die Hälfte des gesamten Personals beschäftigen. Weitere Verbände mit größerem Personalbestand sind die 43 Schul- und 9 Krankenhausverbände, die ein Viertel aller Arbeitskräfte benötigen.

## Personaleinsparungen bei den Wirtschaftlichen Unternehmen

Eine gewisse Sonderstellung im öffentlichen Bereich nehmen die Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ein, deren Personalstand am 30. 6. 1978 rund 18 000 Personen betrug, davon ein Drittel im Landes- und zwei Drittel im Kommunaldienst. Diese wirtschaftlichen Unternehmen erfüllen vor allem Gemeinschaftsaufgaben auf dem Gebiet der Energie- und Wasserversorgung, des Verkehrs und der Forstwirtschaft. Eine besondere Bedeutung besitzen sie auf kommunaler Ebene. Allerdings stellt das hier ausgewiesene Personal im Hinblick auf die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen nur eine Teilgröße dar. Die rechtlich selbständigen Wirtschaftsunternehmen, die in Form von Kapitalgesellschaften geführt werden und an denen die Gebietskörperschaften den überwiegenden Kapitalanteil halten, nehmen - vor allem in den großen Gemeinden und Städten - dieselben Gemeinschaftsaufgaben wahr wie die nichtselbständigen Wirtschaftsunternehmen. Dementsprechend war die Beschäftigtenzahl dieser

**Tabelle 2**  
**Landesbedienstete nach Aufgabenbereichen**

Funktionsbereich	Vollbeschäftigte				Teilzeit- beschäftigte <sup>2)</sup>	Vollbeschäftigte		
	Beamte und Richter <sup>1)</sup>	Angestellte	Arbeiter	zusammen		am 30. 6. 1978	am 30. 6. 1977	Veränderung 1977/78
	Anzahl					%		
Allgemeine Dienste . . . . .	46 541	17 369	1 561	65 471	5 073	32,4	31,8	+ 3,6
Politische Führung u. zentrale Verwaltung darunter:	16 977	10 660	587	28 224	2 145	14,0	13,8	+ 2,5
Innere Verwaltung . . . . .	2 979	972	111	4 062	184	2,0	2,1	- 2,6
Steuer- und Finanzverwaltung . . . . .	11 602	5 884	308	17 794	1 505	8,8	8,7	+ 3,4
Hochbauverwaltung . . . . .	461	2 113	78	2 652	164	1,3	1,3	+ 0,1
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	18 913	2 665	876	22 454	806	11,1	10,7	+ 6,0
darunter:								
Polizei . . . . .	18 736	2 409	766	21 911	744	10,9	10,5	+ 5,1
Rechtsschutz . . . . .	10 651	4 044	98	14 793	2 122	7,3	7,3	+ 2,4
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kult. Angelegenheiten . . . . .	77 924	28 383	4 397	110 704	15 676	54,8	55,6	+ 0,5
Schulen . . . . .	67 926	5 884	220	74 030	9 687	36,7	36,0	+ 0,7
darunter:								
Grund-, Haupt- und Sonderschulen . . . . .	31 209	3 563	88	34 860	6 614	17,3	18,3	- 3,8
Realschulen . . . . .	9 114	321		9 435	1 876	4,7	4,6	+ 2,5
Gymnasien . . . . .	13 555	465	113	14 133	555	7,0	6,7	+ 6,4
Berufliche Schulen, Fachschulen . . . . .	10 171	1 077	13	11 261	420	5,6	5,4	+ 5,8
Hochschulen . . . . .	9 330	20 833	3 460	33 623	5 336	16,6	17,0	- 0,5
darunter:								
Universitäten . . . . .	4 997	11 138	1 633	17 768	3 472	8,8	8,8	+ 1,2
Hochschulkliniken . . . . .	656	8 413	1 672	10 741	1 571	5,3	5,6	- 2,9
Pädagogische Hochschulen . . . . .	2 219	413	38	2 670	138	1,3	1,4	- 4,3
Fachhochschulen . . . . .	1 234	704	101	2 039	131	1,0	1,0	+ 3,1
Sonstiges Bildungswesen . . . . .		3		3	46		0,1	- 76,0
Wissenschaft, Forschung . . . . .	499	491	141	1 131	190	0,6	0,6	+ 1,7
Kunst- und Kulturpflege . . . . .	129	1 080	549	1 758	417	0,9	0,8	+ 6,9
Soziale Sicherung, Wiedergutmachung . . . . .	900	1 339	145	2 384	374	1,2	1,2	+ 0,4
Gesundheit, Sport und Erholung . . . . .	1 161	4 374	1 061	6 596	1 258	3,3	3,2	+ 4,4
darunter:								
Krankenhäuser und Heilstätten, Anstalten für Nerven- und Geistesranke . . . . .	752	3 045	996	4 793	786	2,4	2,3	+ 5,2
Wohnungswesen und Raumordnung . . . . .	1 762	1 529	487	3 778	331	1,9	2,0	- 3,2
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	1 531	2 383	261	4 175	386	2,1	2,1	+ 2,6
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen . . . . .	662	801	456	1 919	140	0,9	0,9	+ 2,2
Verkehrs- und Nachrichtenwesen . . . . .	826	1 882	4 180	6 888	230	3,4	3,2	+ 7,8
Insgesamt: . . . . .	131 307	58 060	12 548	201 915	23 468	100	100	+ 1,8

1) Darunter 2143 Richter. – 2) Mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden.

„Eigengesellschaften“ wesentlich höher. Um auf kommunaler Ebene (21460) nur ein Beispiel zu nennen: es waren am 30. 6. 1978 bei den Technischen Werken der Stadt Stuttgart allein 3437 Angestellte und Arbeiter tätig. Als weiteres Beispiel aus dem staatlichen Sektor ist das Baden-Werk als personalstärkste Gesellschaft mit 3234 Beschäftigten herauszugreifen, bei dem das Land Baden-Württemberg den 100%igen Kapitalanteil besitzt.

### Zwei Drittel aller Landesbediensteten sind Beamte

Die immer umfangreicher und differenzierter werdenden Leistungen in der Landes- und Kommunalverwaltung erfordern

nicht mehr vorwiegend mehr, sondern vor allem in größerem Umfang qualifizierte Mitarbeiter; daher ist die Beobachtung des Personals in seiner Gliederung nach dem Dienstverhältnis und bei der Beamten- und Angestelltenschaft im dreijährigen Turnus nach Laufbahngruppen sehr informativ und bringt wesentliche Anhaltspunkte für die Weiterentwicklung des Besoldungs- und Tarifrachts. Dabei bestimmt die sehr unterschiedliche Aufgabenstruktur von Landes- und Kommunalverwaltung zwangsläufig auch die unterschiedliche Zusammensetzung des Personalkörpers beider Ebenen. Während in den Landesbehörden – bedingt durch die Vielzahl der Lehrer, der Juristen und Polizeikräfte – zwei Drittel aller

**Tabelle 3**  
**Beschäftigte im Kommunaldienst nach Aufgabenbereichen**

Aufgabenbereich	Vollbeschäftigte				Teilzeit- beschäftigte <sup>1)</sup>	Voll- beschäftigte		Außerdem Zweck- verbände <sup>2)</sup>	
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	zusammen		1977	1974		
	Anzahl					%		Anzahl	%
Allgemeine Verwaltung . . . . .	8 809	13 404	1 363	23 576	4 492	18,3	19,6	511	26,3
Öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	2 390	4 284	164	6 838	811	5,3	4,9	24	1,2
Schulen . . . . .	330	3 299	1 200	4 829	7 480	3,7	3,6	64	3,3
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege . . . . .	118	2 625	686	3 429	838	2,7	2,3	23	1,2
Soziale Sicherung . . . . .	2 017	10 746	1 666	14 429	2 521	11,2	11,3	144	7,4
Gesundheit, Sport, Erholung . . . . .	543	31 937	13 517	45 997	7 156	35,6	33,9	489	25,1
darunter									
Krankenhäuser . . . . .	330	29 527	8 852	38 709	5 899	30,0	28,7	478	24,6
Bau- und Wohnungswesen, Verkehr . . . . .	2 576	6 824	7 168	16 568	998	12,8	15,8	150	7,7
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung . . . . .	344	1 960	11 113	13 417	945	10,4	8,6	540	27,8
darunter									
Abwasserbeseitigung . . . . .	69	491	1 485	2 045	118	1,6	1,6	304	15,6
Abfallbeseitigung . . . . .	24	118	1 737	1 879	35	1,5	1,7	133	6,8
Insgesamt . . . . .	17 127	75 079	36 877	129 083	25 241	100	100	1945	100

1) Mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden. – 2) Ohne Gemeindeverwaltungsverbände.

Tabelle 4

## Personal der staatlichen und gemeindlichen Wirtschaftsunternehmen nach Arten 1977

Art des Unternehmens	Bedienstete insgesamt	Land				Gemeinden (Gv)			
		zusammen		darunter		zusammen		darunter	
		Anzahl	%	Ange- stellte	Arbeiter	Anzahl	%	Ange- stellte	Arbeiter
Rechtlich unselbständige Unternehmen									
Versorgungsunternehmen .....	4 100	18	0,3	9	9	4 082	32,9	1 817	2 194
Verkehrsunternehmen .....	398	190	3,2	52	105	208	1,7	70	136
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen .....	4 288	—	—	—	—	4 288	34,5	1 159	3 059
Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft .....	7 850	4 960	84,0	396	2 976	2 890	23,3	182	2 411
Übrige Wirtschaftsunternehmen .....	1 686	735	12,5	223	496	951	7,6	548	391
<b>Vollbeschäftigte insgesamt .....</b>	<b>18 322</b>	<b>5 903</b>	<b>100</b>	<b>680</b>	<b>3 586</b>	<b>12 419</b>	<b>100</b>	<b>3 776</b>	<b>8 191</b>
dagegen 1976 .....	17 991	6 029		645	3 767	11 962		3 655	7 895
Teilzeitbeschäftigte <sup>1)</sup> .....	2 269	821		177	644	1 448		233	1 215
Vollbeschäftigte der Wirtschafts- unternehmen am Gesamtpersonal % .....	5,3	2,9		1,2	22,3	8,8		4,8	51,1
Rechtlich selbständige Unternehmen									
Versorgungsunternehmen .....	19 115	4 872	75,4	2 755	1 706	14 243	69,5	6 268	7 975
Verkehrsunternehmen .....	6 894	1 588	24,6	681	927	5 306	25,9	1 321	3 985
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen .....	948	—	—	—	—	948	4,6	524	424
<b>Vollbeschäftigte insgesamt .....</b>	<b>26 957</b>	<b>6 460</b>	<b>100</b>	<b>3 436</b>	<b>2 633</b>	<b>20 497</b>	<b>100</b>	<b>8 113</b>	<b>12 384</b>

<sup>1)</sup> Mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden.

Beschäftigten im Beamtenverhältnis tätig sind, ist bei den Gemeinden (Gv) – ohne Wirtschaftsunternehmen – mit Quoten von 13,1% Beamten, 58,4% Angestellten und 28,5% Arbeitern ein deutliches Übergewicht der Angestellten festzustellen. Diese Relationen haben sich sowohl beim Land wie bei den Kommunen seit Jahren kaum verändert; wohl ist allgemein ein Rückgang der Zahl der im Lohnverhältnis Beschäftigten und im staatlichen Bereich ein leichter Trend zur Verbeamtung erkennbar. Einen noch exakteren Einblick in die Bewertung der Dienstgeschäfte gewährt die Unterscheidung der Beamten und Angestellten nach Laufbahnen. Danach sind die staatlichen Beamten in den Laufbahngruppen des höheren Dienstes (42,2%) und des gehobenen Dienstes (37,4%) am stärksten vertreten, während die Kommunalbeamten überwiegend in den gehobenen Dienst (57,0%) und den mittleren Dienst (26,4%) eingestuft sind. Bei den Angestellten ist in beiden Ebenen der ganz überwiegende Teil (58,8 bzw. 71,9%) im mittleren Dienst

beschäftigt, was mit der Vielzahl der im Schreib- und Pflegedienst eingesetzten weiblichen Arbeitskräfte zusammenhängt. Gegenüber dem Jahre 1974 haben sich die Relationen zwischen den einzelnen Laufbahngruppen durch das in diesem Zeitraum neu gefaßte Bundesbesoldungsgesetz<sup>1</sup>, das auch unmittelbar für die Besoldung der Beamten des Landes und der Gemeinden (Gv) gilt, sowie durch den Tarifvertrag vom 24. 6. 1975 mit geänderten Tätigkeitsmerkmalen und der Einführung der Fallgruppen für die Angestellten etwas geändert.

### Leichte Personalverbesserungen in den künftigen Haushaltsplänen

Wie die Untersuchung des derzeitigen Personalbestandes der öffentlichen Hand gezeigt hat, verlagert sich das Verwaltungsgeschehen mehr und mehr in den Dienstleistungsbereich, der auch unter Einbeziehung aller modernen technischen Hilfsmittel nach wie vor personalintensiv bleiben wird. Trotz dieser Zwangsläufigkeiten hat die Konsolidierungsphase der öffentlichen Haushalte durch den Abbau von Personalstellen im engeren Verwaltungsbereich, durch Verlegung manueller Tätigkeiten auf maschinelle Arbeitsabläufe und anderes mehr das Ziel erreicht, daß im staatlichen Bereich die Anteilsätze der Personalausgaben am Haushaltsvolumen sich bei etwa 40% stabilisiert haben. Mit den für das Jahr 1979 geschaffenen 3838 neuen Stellen und den in der Mittelfristigen Finanzplanung veranschlagten 3000 Stellen für 1980 und je 2000 weiteren Stellen für die Jahre 1981 und 1982 wird die zukünftige budgetäre Wirkung dieser Stellenvermehrungen sein, daß der Anteil der Personalausgaben sich um 1 bis 2 Prozentpunkte nach oben verändern wird.

Die Personalentwicklung der Gemeinden (Gv), deren Personalkostenanteil am Verwaltungshaushalt nach der Finanzplanung 1977 bis 1981 bei jährlich rund 24% liegt, wird von den Mehraufgaben beeinflusst, die den Kommunen von Gesetzes wegen zuwachsen. Daneben ist die Neueinstellung von Beschäftigten überwiegend eine Folge der Verbesserungen der Infrastruktur-Ausstattung, denn Investitionsausgaben und Personalausgaben stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Wenn die Bürger einen höheren Standard innerhalb ihres Gemeindegebiets wünschen, müssen sie automatisch auch die daraus folgenden Personalaufwendungen bejahen. Ein Abbau der Beschäftigtenzahlen könnte nur mit einem Verzicht auf Ansprüche an den Staat verwirklicht werden.

Ruth Kretschmer

<sup>1</sup> Zweites Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173).

Tabelle 5

## Personal im öffentlichen Dienst nach Laufbahngruppen

Beschäftigungs- bereich	zusammen	Davon			
		Höherer	Geho- bener	Mitt- lerer	Ein- facher
	Dienst				
Anzahl	%				
1977					
Land					
Beamte .....	130 919	42,2 <sup>1)</sup>	37,4	19,8	0,6
Angestellte .....	57 239	14,1	23,0	58,8	4,1
Gemeinden (Gv)					
Beamte .....	17 579	14,4	57,0	26,4	2,2
Angestellte .....	78 855	5,8	12,9	71,9	9,4
1974					
Land					
Beamte .....	124 715	32,1	46,8	20,4	0,7
Angestellte .....	59 430	12,3	21,8	58,5	7,4
Gemeinden (Gv)					
Beamte .....	17 628	15,4	58,1	24,1	2,4
Angestellte .....	72 837	5,5	12,4	69,8	12,3

<sup>1)</sup> Spitzengruppe des gehobenen Dienstes (A13) mitenthaltend.